

# Auer Tageblatt

## und Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag:  
Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft  
m. b. H.  
in Aue i. Erzgeb.

Verantwortlicher Redakteur:  
Friedrich H. H. H.  
Für die Inserate verantwortlich:  
Walter Kraus.  
Beide in Aue i. Erzgeb.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher  
für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 M. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 M. — Einzeln Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungskatalog. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen am bestimmten Stellen kann nur dann gedruckt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.  
Inserationspreis: Die siebenzeilige Korpuszeile oder deren Raum 10 Pfg., Reklamen 25 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten.

### Das Wichtigste vom Tage.

Im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten findet gegenwärtig eine Konferenz statt über Maßnahmen zur Verhinderung von Unglücksfällen in der Luftschiffahrt.

Ueber die Niederdeutsche Bank in Dortmund ist der Konkurs verhängt worden. Der Direktor des Institutes, Bankier Ohm wurde verhaftet. (Siehe R. a. a. Welt u. Tel.)

Gestern fand in Marienbad eine Zusammenkunft zwischen Staatssekretär von Ribbentrop, Wächter und dem österreichischen Minister des Auswärtigen Grafen Reventhal statt. (Siehe pol. Tagesztg. u. Tel.)

Gestern abend ist in Belgrad der österreichisch-serbische Handelsvertrag von den beiderseitigen Delegierten unterzeichnet worden.

Der ungarische ex-lex-Zustand ist durch die Annahme der Indemnitäts- und Rekrutierungsvorlage beendet.

In dem Prozeß gegen Rochette und Genossen in Paris wurde gestern das Urteil gefällt. Rochette wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 3000 Franko Geldstrafe verurteilt. (S. Tel.)

Die chinesische Regierung soll Lord Kitchener angeboten haben, die Reorganisation der chinesischen Armee zu übernehmen.

Wutmögliche Witterung am 29. Juli: Südwestwind, heiter, wärmer, trocken.

### Wassermann.

Von Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstages.

Die politische Ruhezeit des Sommers wird gegenwärtig mit Betrachtungen über den angeblichen Rücktritt Wassermanns vom parlamentarischen Leben angefüllt. Wassermann geht, so berichten konservative Blätter, allen voran, die ihn seit Jahren perläßtlich in widerwärtiger Weise angreifende Kreuz-Zeitung — Herr v. Kormann hat in der Blockzeit die konservative Fraktion dagegen verwahrt, sich mit dieser Kampfwiese des Blattes zu identifizieren — weil er einsehe, daß er für seine Anschauungen keine Mehrheit mehr in der Partei fände. Schon im Frühjahr sei es in der Sitzung des Zentralvorstandes zu stürmischen Auseinandersetzungen gekommen, und der in die Minderheit gedrängte Parteiführer habe großem Berlin verlassen, so daß ein Fraktionskollege für ihn bei der Etatsrede zum Auswärtigen Amt habe einspringen müssen. Die jetzt kundgegebene Absicht des Rückzuges vom politischen Leben sei die Konsequenz der damaligen Erfahrungen. Andere Blätter, ultramontane und sozialistischer Richtung, fügen hinzu, die Aussichtslosigkeit, ein Mandat für den Deutschen Reichstag zu erhalten, sei mitbestimmend für Wassermanns Entschluß. Auch das Berliner Tageblatt glaubte Wassermann als irrenden Ritter hinstellen und ihn bezüglich der Festigkeit der Mandatshaltungen Windhorst und Eugen Richter als Vorbild hinstellen zu müssen, wobei ihm anscheinend entging, daß letzterer selbst gegen Ende seiner politischen Laufbahn in einem Berliner Landtagswahlkreis Zuflucht suchen mußte, weil er in Hagen nicht wiedergewählt wurde. Endlich wird behauptet, und zwar in einem Teil der rechtsstehenden Presse, der Bloß von Wassermann bis Bebel schaltete an dem entscheidenden Widerpruch innerhalb der nationalliberalen Partei, und Wassermann, der Führer der badischen Großblodpolitik, werde aus dem politischen Leben, weil er die Uebertragung der badischen Großblodpolitik auf das Reich nicht durchsetzen könne. In den Augen der Korrespondenz des Bundes der Landwirte endlich erscheint Wassermann als der in nationalliberaler Masse auftretende Fortschrittsmann.

Politische Arbeit wird sich nie ohne Legendenbildung abspielen. Man darf aber das Unkraut der Legendenbildung nicht zu üppig emporwachsen lassen, weil die große Menge derer, die den politischen Arbeiten fernsehen, sonst die Tatsachen verblä-

sen sieht vor einer politischen Tageschriftstellerei, die die Dinge so darstellt, wie sie wünscht, daß sie betrachtet werden, und an dem tatsächlichen Sachverhalt überhaupt vorbeigeht. Ein Beispiel aus der Parteipresse selbst: Westfälische Blätter, die vor einem Zusammengehen mit dem Freisinn warnen, führen fortgesetzt die Niederlage bei den Erziehungswahlen in Berlin und Coburg auf das Bündnis mit dem Freisinn zurück, obwohl der Nationalliberalismus in beiden Fällen gegen den Freisinn kämpfte. Aber es paßt so schön in die Beweisführung, genau wie die vorher gekennzeichneten Darlegungen in die Beweisführung der Gegner Wassermanns paßt. Deshalb an Stelle von politischen Betrachtungen zunächst folgende Feststellungen, die doch vielleicht dazu beitragen, manchem törichtem Gerücht ein Ende zu machen.

Zunächst der Rücktritt Wassermanns. Wann und wo hat Wassermann jemals offiziell erklärt, daß er zurückzutreten gedente? Niemals. Vor einem Jahre hat der Abgeordnete Zuhmann in einer Besprechung in Düren erklärt, die Kämpfe um die Reichsfinanzreform hätten Wassermann gesundheitslich so mitgenommen, daß es zweifelhaft sei, ob er bei den nächsten Wahlen wieder kandidieren werde. In diesem Jahre hat Wassermann eine ihm angebotene Kandidatur in Saarbrücken für 1911 abgelehnt. Wie kann man daraus als Tatsache folgern, der Führer der Nationalliberalen wolle aus der Partei auscheiden? Im vorigen Jahre und diesmal erhielt Wassermann telegraphische Anfragen von einer großen Anzahl Zeitungen, ob sein Rücktritt definitiv sei. Soweit ich weiß, hat er keiner einzigen eine bejahende Antwort gegeben. Was fest steht ist folgendes: Wassermann glaubt ein Anrecht darauf zu haben, sich um die Politik auf einige Jahre zurückziehen zu können, weil sein Gesundheitszustand ihm ein Ausruhen wünschenswert erscheinen läßt und weil er es als hart empfindet, seine persönlichen Neigungen, die ihn auf weite Reisen und die Betätigung manches künstlerischen und wissenschaftlichen Triebes hinausführen, dauernd dem Mandat zum Opfer bringen zu müssen, das hat Wassermann seinem engeren Freundeskreise schon während der Aera Bülow wiederholt ausgesprochen; damit hängt vielleicht zusammen, daß er den neuen Kräften in der Fraktion nicht nur Spielraum ließ, sondern sie geradezu anspornte, sich auf den ihnen naheliegenden Gebieten parlamentarisch zu betätigen. Auf Wunsch seines politischen Freundeskreises hat Wassermann versprochen, sich nicht zurückzuziehen, sondern eine endgültige Entscheidung erst vor den nächsten Wahlen selbst zu treffen. Die politische Lage würde Wassermann nicht zum Rücktritt zwingen, sondern ihn im Gegenteil veranlassen, zu bleiben, da die nationalliberale Partei gerade in jetziger Zeit und nach dem Rücktritt Hiebers seiner Persönlichkeit mehr als je bedarf.

Die Gegner werden dieser Darstellung nicht glauben wollen. Selbst wenn Wassermann bleiben wollte, wo sollte er ein Mandat hernehmen? Auch darüber ein Wort. Als Wassermann 1906 in Frankfurt a. D. nicht wieder kandidierte, wurden ihm 18 Kreise von den Parteigenossen aus dem Lande angeboten. Von diesen Kreisen wurden 14 nationalliberale Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Genau so steht es heute. Die jüngsten Kreise, welche die Partei besitzt, stehen für Wassermann zur Verfügung und es gibt keinen Abgeordneten des Reichstages, der nicht seinen Kreis Wassermann zur Verfügung stellt, falls dieser es wünschte. Die Mär von dem irrenden Ritter, der vergeblich eine Zuflucht sucht, ist also eine — Mär. Wassermann hat in dem Augenblick ein Mandat, wo er dem Drängen seiner Freunde folgend, sich zur Weiterarbeit bereit erklärt. Bleibt die Gegnerschaft in der eigenen Partei. Die stürmische Sitzung des Zentralvorstandes im Frühjahr ist reine Phantasie der Kreuz-Zeitung; ebenso Wassermanns deshalb erfolgte Abreise. Da ich an seiner Stelle die Fraktion bei dem Etat des Auswärtigen Amtes vertrat, so bin ich vielleicht kompetent zu erklären, daß schon Wochen vorher verabredet worden war, daß ich die Etatsrede zum Auswärtigen Amt halten sollte. Wassermann selber fuhr nach der damaligen Sitzung beruflich nach Amsterdam. Will die Kreuz-Zeitung nicht in Zukunft als Märchentanz erscheinen, dann mag sie daher auf dieses Argument künftig verzichten. Gewiß hat Wassermann Gegnerschaft auch in den eigenen Reihen. Welcher Parteiführer hätte sie nicht? Steht Heidebrand unangegriffen da, hat Hertling niemals Schwierigkeiten in der Zentrumsfraktion, sind Biemer, Baper und Kaumann unangegriffen in ihren eigenen Reihen? Zeit seines Lebens wurde Wassermann gehaßt von dem Abgeordneten von Worms, der ihm die Führerschaft nicht verzeihen konnte; wegen seines sozialpolitischen Programmes griffen ihn Kreise der Großindustrie. Gerade jetzt läßt der Reichskanzler alle Mienen springen, um die Großindustrie für sein Programm der Sammlung zu gewinnen, der Zentralverband deutscher Industrieller sekundiert ihm dabei, was Wunder, wenn aus den geographischen Zentren der Großindustrie Kritik an dem nationalliberalen Führer gelbt wird, der nicht in

einer formalen Sammlung der bürgerlichen Parteien, sondern in der tatsächlichen Anerkennung der Gleichberechtigung des Liberalismus die Gewähr einer Zurückdrängung der sozialdemokratischen Hochflut erwartet? Hinter Wassermann und seiner Politik steht die ganz überwiegende Mehrheit der Parteigenossen im Lande, das wird der Parteitag in Cassel denjenigen zeigen, die mit Beigebungen auf eine Unterwerfung der nationalliberalen Partei unter den Willen der Kreuz-Zeitung hoffen, die vielleicht vor Cassel noch die Güte hat, kundzutun, wer außer Wassermann noch das Mandat niederlegen muß, um die nationalliberale Fraktion wieder bündnisfähig zu machen.

Zum Schluß noch zwei Feststellungen. Wassermann der Führer der Großblodpolitik in Baden. Ueber die Richtigkeit dieser Politik sind die Ansichten in Parteikreisen geteilt. Wassermann aber ist nicht ihr Führer, sondern bis zuletzt ihr Gegner gewesen. Um so logischer ihm die Ueberführung dieser Politik auf das Reich zu imputieren! Hier muß in der konservativen Presse das alterierende Schlagwort des Blokes von Wassermann bis Bebel wirken, ohne daß man daran denkt, daß dieses Wort von Friedrich Kaumann stammt, Wassermann selbst aber im Reichstag die Unmöglichkeit dieses Blokes gekennzeichnet hat. Daß man schließlich Wassermann als verkappten Fortschrittler darstellt, ist für einen der Führer des Kampfes um den letzten Posten so eigenartig, daß diese Erinnerung genügt, um das Schlagwort zu kennzeichnen. Daß im übrigen nationale Fragen Fortschrittler und Nationalliberale nicht wie früher trennen und in den großen liberalen Grundfragen der Erziehung der Gleichberechtigung für das deutsche liberale Bürgertum beide liberale Gruppen sich treffen, ist das Erfreuliche der Entwicklung der letzten Jahre. Diese Darlegungen mögen jetzt genügen. Ueber Wassermann als Politiker und über die Bedeutung der Aera Wassermann für die nationalliberale und die Reichspolitik zu sprechen, wird dann Gelegenheit sein, wenn diese Politik abgegeschlossen ist. Die nationalliberale Fraktion des Reichstages aber, und mit wenigen Ausnahmen die ganze nationalliberale Partei, ist der festen Ueberzeugung, daß Wassermann, geleitet von hingebendem Vertrauen seiner Freunde im Lande, auch fernher der Partei das Opfer der Weichhaltung der parlamentarischen Führerschaft bringen wird, den Feinden zum Trug, den Freunden zur Entgegnung.

### Brexitimmen zur Langhammer-Affäre.

Der Ausschluß Langhammers aus dem nationalliberalen Landesverein für das Königreich Sachsen hat, wie nicht anders zu erwarten war, in den weitesten Kreisen peinliches Aufsehen erregt. Man fragt sich, ob denn solche Fälle not tat und ob es nicht besser gewesen wäre, zu warten, bis eine öffentliche Klärung der Sachlage eingetreten sein würde. Es weiß ein jeder, der sich mit dem Langhammerstandes befaßt hat, daß der Angegriffene seine ganze Hoffnung auf den Juppelprozeß setzte, da er dort erst in der Lage sein wird, durch eibliche Aussagen seine Behauptungen erklären zu lassen und damit die Vorwürfe seiner Gegner zurückzuweisen. So sollen dort, wie in Chemnitz wiederholt betont wurde, die Direktoren der Tag eiblich auszusagen, daß die besonders angegriffenen Paragraphen des Vertrages nicht die Deutung zulassen, die ihnen von Langhammers Gegnern beigelegt worden sind. Man mag über die Tag denken wie man will, es hat aber niemand die geringste Berechtigung, ihren Direktoren die schwere Beschuldigung ins Gesicht zu schleudern, ihre gerichtlichen Äußerungen könnten sich nicht mit der Wahrheit decken. Für beide Parteien war es von der denkbar größten Wichtigkeit, daß unter dem Eid Klarheit geschaffen werden konnte. Aber diese Möglichkeit scheint man in Leipzig nicht sonderlich gern gesehen zu haben. Man tat, als ob der Juppelprozeß an sich recht unbedeutend sei, man mißt auch den Aussagen, die dort den Ausschlag geben können, keinerlei Bedeutung bei und kurzerhand beschließt man: Langhammer muß raus! Diese Handlungsweise liegt sicher nicht im Willen der meisten Zugehörigen zum nationalliberalen Landesverein. Selbstverständlich befaßt sich auch die sächsische Presse mit der Angelegenheit, wobei sogar die gegnerischen Zeitungen nicht umhin können, die Persönlichkeit Langhammers anzuerkennen. Nachstehend lassen wir einige solcher Brexitimmen folgen, so weit sie uns beachtenswert erscheinen.

Die deutschen nationalen Leipziger Neuesten Nachrichten urteilen u. a.: Auch Herr Langhammers Ausschluß aus dem nationalliberalen Partei Sachsen wird den Fall Langhammer kaum beenden. Für die Öffentlichkeit nicht, und für die Partei auch nicht. Denn Herr Langhammer wird sich, wenigstens nach seinem bisherigen Verhalten, aber nicht entschließen, für die Zukunft die Rolle eines toten Mannes zu spielen. Er hat das consilium abeundi der Partei nicht beachtet und es auf einen Ausschluß ankommen lassen. Er wird jetzt auch nicht still